



II- 1660

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

710 I.A.B.

11.064-3/71

ZU 639 J.

Präs. am 4. Aug. 1971

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zu Z. 639/J-NR/1971

Mit Beziehung auf die mir am 9.6.d.J. übermittelte

Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r ,

Dr. G r u b e r und Genossen betreffend Justizreform,

beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Infolge der Inanspruchnahme des Bundesministeriums für Justiz mit vordringlicheren legislativen Arbeiten während der XII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats hatte ich bisher noch keine Möglichkeit, die auf Grund meiner Anordnung von den geschäftsordnungsgemäß zuständigen Sektionen und Abteilungen des Bundesministeriums für Justiz erstatteten Berichte über das Ergebnis ihrer Untersuchungen der in der Schrift "Gesamtreform der Justiz" enthaltenen, mit der großen Reform nicht oder nicht notwendig zusammenhängenden Anregungen zu sichten und inhaltlich zu prüfen. Eine Gesamtstellungnahme des Bundesministeriums für Justiz zu diesen Anregungen liegt daher noch nicht vor.

II

Zu den einzelnen Punkten der Anfrage wird bemerkt:

Zu 1 bis 4:

Auf meine Ausführungen im Abschnitt I wird verwiesen.

Zu 5:

Der Vorschlag, die oben erwähnte Gesamtstellungnahme des Bundesministeriums für Justiz auch der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern und dem Delegiertentag der österreichischen Notariatskammern zur Stellungnahme zuzuleiten, wird von mir aufgegriffen werden. Im übrigen verweise ich auf meine Ausführungen im Abschnitt I.

Zu 6:

Ich werde die Gesamtstellungnahme des Bundesministeriums für Justiz nach Beginn der XIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats der Ständigen Vertreterversammlung der österreichischen Rechtsanwaltskammern und dem Delegiertentag der österreichischen Notariatskammern zur Äußerung zuleiten.

Zu 7:

Um ein einheitliches Vorgehen bei der allfälligen Auflassung kleiner Bezirksgerichte zu erreichen, werde ich mich an die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung wenden, um diese Frage auf die Tagesordnung einer Landeshauptmännerkonferenz zu setzen. Vor diesem Forum wird es dann möglich sein, die Frage der Auflassung einzelner Bezirksgerichte eingehend und sachlich zu erörtern.

Zu 8 bis 10:

Die Beantwortung dieser Fragen hängt vom Ergebnis der eben erwähnten, von mir in Aussicht genommenen Besprechung mit den Herren Landeshauptmännern ab.

29. Juli 1971

Der Bundesminister:

Bzwoda